Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Zum amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 212. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 7. Mai 1901.

Nach der Krisis.

Von parlamentarischer Seite wird uns zu den Vorgängen der letzten Tage noch folgendes geschrieben:

Was die Schließung des preußischen Landtags und die Neubesetzung der Ministerposten bedeutet, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Die Regierung verzichtet für jetzt auf den Kanal, sie löst das Abgeordnetenhaus nicht auf, aber sie steuert auf Handelsverträge mit denjenigen Zollerhöhungen hin, die das Ausland sich gefallen läßt. Daß dies der Sinn der getroffenen Veränderungen ist, beweist schon die Haltung der konservativen Partei und ihrer führenden Blätter. Obwohl die Rechte von der Sorge um die Folgen ihrer Kanal-Opposition befreit ist, bricht sie nicht in hellen Jubel aus. Sie spricht von Weisheit und Hochherzigkeit der Krone, vermeidet alles, was diesen Ausgang als eine Niederlage der Regierung erscheinen lassen und die Empfindlichkeit reizen könnte; doch schwelgt sie nicht in Zukunftshoffnungen. Es liegt etwas Gedämpftes, Gedrücktes in dem Tone; „abwarten" ist der Schluß aller Betrachtungen.

Zunächst hat die Rechte und das Centrum allerdings gesiegt. Es war der Rath des Herrn v. Zedlitz-Neukirch und Fritzen, die Verhandlungen abzubrechen, und ihnen folgte Graf Bülow. Der Monarch, der die Wasserverbindung zwischen Ost und West dringend empfohlen und feierlich des öfteren verkündet hatte, er werde Widerstände niederwerfen, sieht sich einstweilen außer stande, sein Ziel zu erreichen. Die Regierung streckt in der Kanalfrage vor den Konservativen und dem Centrum die Waffen. Den Gedanken, eine Aenderung der Parteiverhältnisse durch sofortige Neuwahlen zu versuchen, giebt sie auf. Graf Bülow ist keine Kampfnatur und weicht schon darum den Erregungen aus, die einen Systemwechsel begleiten würden. Ueberdies fühlt er sich persönlich der Rechten näher als der Linken und ist nicht sicher, wie weit der Kaiser auf neuen Wegen mit ihm gehen würde. Die Umwandlungen, welche ein liberales Regiment voraussetzen und nach sich ziehen würde, wären sehr tiefgreifende. In der Verwaltung müßte vom Oberpräsidenten bis herab zum Amtsvorsteher ein Umschwung erfolgen; Beamte, die zur Disposition gestellt werden können, dürften nicht mehr agitiren und kandidiren; die Wahlkreise wären der veränderten Bevölkerungsziffer entsprechend abzugrenzen, das Wahlverfahren und die Abstimmungsart zu verbessern. Erfüllt man diese Vorbedingungen, so wachsen die liberalen Parteien, und die Regierung hat die Stütze, die sie parlamentarisch braucht. Ausführbar ist also eine Wendung nach links; aber sie führt zu einem Bruch mit der Klasse, die bisher geherrscht, und zu Erschütterungen, vor denen schwache Nerven erschrecken. Graf Bülow will diesen Kampf nicht, er regiert lieber mit der Rechten als gegen sie.

Andererseits befindet er sich freilich auch nicht so sehr im Bann agrarischer Vorurtheile, daß er blind für die industrielle Entwicklung wäre, die sich in der deutschen Volkswirthschaft vollzieht. Er will dem Ueberschuß an Fabrikaten die Bahn nach den ausländischen Absatzmärkten nicht versperren, dem Bevölkerungszuwachs die Beschäftigungsmöglichkeit nicht nehmen. Darum sucht er zwischen den Ansprüchen der Gutsbesitzer und den Industriellen zu vermitteln. Ein Repräsentant dieser Ausgleichspolitik ist der neue Handelsminister Moeller. Er hat im November vorigen Jahres vor dem Bielefelder Ingenieurverein sein handelspolitisches Programm dargelegt, das auf eine gewisse Erhöhung des Getreidezolls und auf ein gemischtes System von wenigen Mindestsätzen und einer großen Mehrzahl von Einheitssätzen hinauslief. Als er damals seine Rede hielt, ahnte er nicht, daß ihm ein Ministerportefeuille zufallen könnte. Er war sich bewußt, zwar zu den nützlichen, doch nicht zu den führenden Männern zu gehören. Wenn er jetzt die sich bietende Gelegenheit benutzt und an leitender Stelle mitarbeitet, so verhehlt er sich gewiß nicht, eine wie mißliche Sache es ist, unter Konservativen der einzige Liberale zu sein. Indeß, um der Verträge willen mag er's wagen; ihr Zustandekommen kann er fördern. Ergiebt sich nachher, daß die Meinungsverschiedenheiten zu groß sind, um ein weiteres Zusammenwirken zu gestatten, so kann er noch immer zurücktreten. Es kommt mehr darauf an, den rechten Zeitpunkt zu finden, wie ihn beispielsweise Herr v. Berlepsch fand, der um eines Prinzips willen ging und nicht um begangener Fehler willen.

Herr v. Miquel hat, so klug er war, den rechten Moment verpaßt, und so gestaltet sich sein Abgang zu einem unrühmlichen. Nicht freiwillig hat er sich von der Macht getrennt, nicht auf der Sonnenhöhe des Erfolges ist er abgetreten, sondern in einem Augenblick, wo alles über ihn zusammenbrach, wo eine Taktik Schiffbruch litt, deren geistiger Urheber er gewesen. Noch acht Tage vor der Katastrophe hatte er sich für die Annahme der Kanalvorlage in dem Fall verbürgt, daß ein Getreidezoll von sechs Mark zugestanden werde. Gerade hiermit erbrachte er der ihm übergeordneten Instanz den Beweis der Unmöglichkeit eines ferneren ministeriellen Wirkens. Sechs Mark Zoll heißt Zollkrieg. Daß seine agrarischen Neigungen ihm hierfür das Verständniß raubten, daß er außerdem die Regierung in die Sackgasse hineinmanövrirte, in welcher nur noch die Kapitulation übrig blieb, das führte seinen Sturz herbei.

Die Genugthuung, ihn nicht mehr am Ruder zu wissen, wird nur dadurch beeinträchtigt, daß es einer seiner Schüler ist, der ihm im Amte folgt. Herr v. Rheinbaben wird in der Finanzpolitik kaum andere Grundsätze vertreten als Herr v. Miquel. Als Hauptaufgabe findet er die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Bundesstaaten vor, die nur zu erzielen ist, wenn er die berechtigten konstitutionellen Wünsche des Reichstags berücksichtigt. Für eine wahrhaft konstitutionelle Regierungsweise aber hat er als Minister des Innern wenig Anlage gezeigt.

Herr v. Podbielski setzt als Landwirthschaftsminister die bisherige Agrarpolitik, allerdings unter aufmerksamerer Beachtung der Wünsche des Monarchen, fort, die er ja von den Skatabenden und anderen Zusammenkünften her ziemlich genau kennt. Er ist ein Freund der Agrarier, insbesondere des Herrn v. Manteuffel, er wird ihnen jeden möglichen Vortheil zuzuwenden suchen; aber dem Rade der Reichspolitik fällt er nicht in die Speichen.

Alles in allem ist der Ausgang eine schwere Niederlage der Regierung, die zugleich einem starken Willen die Grenze seines Könnens zeigt. Man wird allerdings die Demüthigung genau so verschmerzen, wie man diejenige verschmerzt hat, welche in der Ablehnung anderer gleich wichtiger Gesetzentwürfe lag. Zur Erhöhung des Ansehens und der Autorität trägt aber ein wiederholter Rückzug gewiß nicht bei. Für die Liberalen enthält der nun hinter uns liegende kritische Moment die Mahnung, alles daran zu setzen, um die Partei zu verstärken. Wäre die Zahl ihrer Mandate größer gewesen, dann hätten sie sich Beachtung erzwungen. Auf die nächsten Wahlen ist darum die ganze Kraft zu richten. —e.

Deutsches Reich.

Auch eine Kritik.

Wie uns mitgetheilt wird, hat sich der bisherige Vorsitzende der Kanalkommission, Abg. v. Cynern, gleich nach der Schließung des Landtags und nach Anhörung der Motivirung dieser Maßregel seitens des Reichskanzlers, im Kreise einiger seiner Freunde über die geschaffene politische Lage, soweit sie aus den Kanalverhandlungen hervorgeht, wie folgt geäußert:

Graf Bülow sagte, daß „nach dem Gange, welchen die Berathungen in der Kommission des Hauses genommen, die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen sei." Er sagte ferner, „daß die königliche Staatsregierung die eingebrachte erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachte, aus welchem wesentliche Bestandtheile ohne Gefährdung wichtiger wirthschaftlicher Interessen nicht ausgeschaltet werden können." Man wird sich wohl noch aus den Verhandlungen der Kanalkommission erinnern, daß die Ressortminister durch ihr Verhalten und durch ihr Eingehen auf alle zur Vorlage gestellten Zusatz- und Abstrichforderungen (wie z. B. der formell gestellte Antrag auf Ausschaltung der Enschestrecke) die Kommissionsmitglieder in einem vollständigen Dunkelhalten über die von der Regierung eventuell zugestehende Gestaltung der Vorlage. Dadurch mußten die Kommissionsverhandlungen im uferlosen Weg nehmen, den sie genommen haben. Die außerhalb der Regierungsvorlage gestellten Forderungen, wie die Lippekanalisirung, wurden unter Betheiligung der Regierungskommissare fortgesetzt verhandelt; bis jetzt weiß aber noch kein Kommissionsmitglied, ob die königl. Staatsregierung ihre Kanalvorlage auch als ein solches Ganzes betrachtete, daß diesem Ganzen ohne ihre Zustimmung nichts hinzugefügt werden dürfe, ohne die Vorlage zu gefährden. Diese von der Regierung geschaffene unklare Situation, aus welcher herauszukreten die Vertreter der königl. Staatsregierung keine Veranlassung nahmen, habe ihn, wie ebenfalls wohl erinnerlich, veranlaßt, in der 17. Sitzung offen und, wie er wisse, unter Zustimmung der ganzen Kommission, zu fordern, daß der verantwortliche Ministerpräsident die Entschließungen des Staatsministeriums zu der aus den Anträgen hervorgehenden beabsichtigten Gestaltung der Vorlage kundgeben möge, damit die Kommissionsmitglieder in den bevorstehenden Abstimmungen über diese klar werden könnten. Wäre der Kommission noch zu diesem Zeitpunkt mitgetheilt worden, daß, was wir jetzt wissen, „daß die königl. Staatsregierung die erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachte," so hätte das seiner Ueberzeugung nach die Anschauung mancher Kommissionsmitglieder vielleicht schon in der Abstimmung in erster Lesung, bestimmt aber in der Abstimmung in zweiter Lesung beeinflußt. Zudem konnte mit einer solchen Erklärung gar nicht angenommen werden, daß selbst ein ganz ablehnendes Votum der Kommission für das Plenum des Hauses unbedingt bestimmend sein würde. Was den Grafen Bülow veranlaßt hat, die jetzige Erklärung nicht abzugeben und den Kommissionsverhandlungen überhaupt fern zu bleiben, wisse er nicht. Jedenfalls könne aus dem Verhalten der Vertreter der drei größten Parteien des Hauses seiner Beurtheilung nach nicht gefolgert werden, daß bei richtigem Einsetzen „die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage" oder wenigstens über sehr wesentliche bedeutungsvolle Theile derselben, deren Annahme die Regierung doch wohl nicht habe ablehnen können, ausgeschlossen gewesen sei. Auf Vermuthungen über die mögliche Stellungnahme einer Kommission hin, ohne daß das Plenum gesprochen, die Session zu schließen und damit andere, für die Wohlfahrt des Landes wichtige Gesetzesvorlagen, wie die Sekundärbahnen und die dringend zu wünschende Dotation der Provinzen, unter den Tisch fallen zu lassen, sei ein bisher in der Parlamentsgeschichte noch nicht vorgekommener Vorgang. Und wenn man schadenfroh darauf verweise, daß nun die Strafe für das Verhalten der Kommission dahin erfolge, daß dem Lande obige in Aussicht genommene Gesetzesvorlagen entzogen und daß in Landesstellen, in denen die Opponenten säßen, die Flußmeliorationen nicht vorgenommen würden, so erinnere ihn das für eine die Volkswohlfahrt fördern sollende Regierung an das Wort des Knaben: Es schadet meiner Mutter nicht, wenn mir die Hände erfrieren; warum hat sie mir keine Handschuhe gekauft! Das Abgeordnetenhaus habe 433 Abgeordnete. Nach Abzug der 28 Kommissionsmitglieder bliebe immer eine doch wohl noch genügende Versammlung übrig, um über die nunmehr zurückgestellten Vorlagen zu berathen und darüber zu beschließen. Dieselbe Regierung, welche das Haus fortschicke, weil möglicherweise eine Verständigung über eine Vorlage, die eine Verkehrserweiterung bezwecke, nicht herbeigeführt werde, führe durch ihre Entschließung herbei, den blutsnothwendigen Ausbau unseres Sekundärbahnnetzes für ein volles Jahr aufzuhalten. Was den Ministerwechsel, über den man spreche, betreffe, so stände er hier, wenn das wahr wäre, was man sich erzähle, vor einem neuen Räthsel. Daß Herr von Miquel gehe, dem er bei aller Gegnerschaft über seine Politik im einzelnen die vollste Verehrung für seine große und verdienstvolle Thätigkeit neben seiner Freundschaft bewahre, sei durch dessen Alter so erklärlich, daß man darüber nicht nach anderen Gründen zu suchen brauche. Aber warum Herr Brefeld und Herr von Hammerstein, die wärmsten Anhänger und Vertreter der Regierungsvorlage, aus Anlaß des Widerspruchs gegen diese Vorlage in einer Kommission des Abgeordnetenhauses gehen müßten, sei ihm nur erklärlich, weil man ihm gesagt habe, daß Diplomaten die Ueberzeugung hätten, gelegentlich den Gedankengang der ganzen Welt umdrehen zu können."

Es ist eine unverhohlene und scharfe Kritik der Schwäche und Unentschlossenheit der Regierung, die aus diesen Auslassungen spricht. Aber sie ist berechtigt, voll und ganz. *

Ausnahmetarif für Futter- und Streumittel.

Der stenographische Bericht über die Interpellation der Abgeordneten Dr. Barth (Kiel) und Kittler (Thorn), den Ausschluß der Händler von dem Ausnahmetarif für Futter- und Streumittel betreffend, ist soeben zur Ausgabe gelangt. Ueber die Angelegenheit ist in der „Saale-Zeitung" ausreichend berichtet worden, weshalb es nicht erforderlich erscheint, auf dieselbe noch eingehend zurückzukommen. Die Ausführungen des Vertreters der Staatsregierung, Ministerialdirektors und Wirklichen Geheimen Oberregierungsraths Möllhausen, veranlassen uns aber, darauf hinzuweisen, wie sich die Vertreter der Staatsregierung orientiren und wie glaubhaft die Aeußerungen derselben sind, mit denen wichtige Angelegenheiten begründet werden. Herr Möllhausen führte z. B. folgendes aus (Spalte 4069 und 4070 St. B.):

„Ich muß aber auch dagegen Verwahrung einlegen, als wenn es gewissermaßen eine Chikane sei, die die Staatsregierung und speziell den Minister der öffentlichen Angelegenheiten dazu veranlaßt hat, die Tarifbedingung in der beschränkten Form anzustellen, wie es geschehen ist. Meine Herren, wir haben durchaus keine Ranküne damit gegen den Handelsstand beabsichtigt; aber wenn der Staat eine Unterstützung giebt, so darf er diese Unterstützung meines Erachtens nur in dem Umfange geben und denjenigen Personen zuwenden, die in der That unterstützungsbedürftig sind. Unterstützungsbedürftig ist aber nicht der Händler an sich, sondern derjenige Landwirth, welcher eben zu wenig Futter geerntet hat; das liegt meines Erachtens ganz klar auf der Hand.

Sie sehen es aber auch aus dem ferneren Umstande, den ich anführen will, daß es durchaus nicht allein der Handel ist, der von den Begünstigungen dieses Tarifes ausgeschlossen ist; nein, das sind auch noch viele andere Personen, die ebenfalls Futtermittel beziehen. Ich möchte erinnern an Papierfabriken, an Strohstofffabriken, an Besitzer von Marställen, Reitbahnen, Fuhrunternehmungen und Pferdebahnen. Alle diese Unternehmungen waren nicht nothleidend und haben diese Begünstigungen nicht bekommen, ebenso wenig, wie der Handel sie bekommen hat. — —

Meine Herren, ich habe nun gesagt: Das ist durchaus nichts Neues; wir haben dieselben Bedingungen gestellt z. B. im Jahre 1893 beim Nothstande für Streu- und Futtermittel für bestimmte Kreise, 1897 bei dem Nothstandstarif für Hochwasser; 1895 bei dem Nothstandstarif für Saatkartoffeln; 1897 beim Nothstandstarif für Futtermittel und Kartoffeln im Spreewald ꝛc.; ich könnte noch mehr derartige Beispiele anführen. Es ist also nichts Neues und Außergewöhnliches, sondern etwas, was wir schon lange gethan haben, und was niemals Anfechtung von irgend einer Seite erfahren hat."

Jeder, der den Kampf um den Nothstandstarif für Streu- und Futtermittel im Jahre 1893, der monatelang in allen öffentlichen Blättern getobt hat, miterlebt hat, wird sich zu höchstem Erstaunen fragen, wie es möglich sein kann, daß ein Regierungsvertreter an verantwortlicher Stelle solche absolut falschen Behauptungen aufzustellen vermag, die von allen Seiten sofort zu widerlegen sind. Im Jahresberichte der Handelskammer zu Halle a. S. für 1893, einem amtlichen Schriftstücke, welches dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten bekannt ist und bekannt sein muß, ist auf Seite XI und XII ein Schriftwechsel mitgetheilt, den die genannte Körperschaft mit dem Handelsministerium bezw. dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten wegen des fraglichen Tarifs geführt hat. Die Handelskammer legt die Nachtheile dar, welche der Handel und das Gewerbe durch einen solchen, nur für Landwirthe geltenden Tarif erleidet, und stellt den Antrag, den Ausnahmetarif dahin zu erweitern, daß die außerordentliche 25prozentige Frachtermäßigung für Streu- und Futtermittel baldmöglichst allgemeine Giltigkeit erlangt und somit ohne einschränkende Bestimmungen auch auf den Gewerbe-, Handels- und Industriestand ausgedehnt wird. Aus der eingehenden Begründung mag folgende Stelle hierselbst wiedergegeben werden:

„Mit dieser Maßnahme ist für die Landwirthschaft derjenigen Gegenden, in welchen eine Theuerung der Futtermittel in die Erscheinung trat, eine Erleichterung geschaffen worden, von welcher die übrigen Erwerbskategorien, wie Handel, Industrie und Gewerbe ausgeschlossen sind, obgleich diese in gleicher Weise wie die Landwirthschaft durch die Futtermittelnoth in Mitteldeutschland gezogen werden. Dieses tritt um so schärfer hervor, als die von uns vertretenen wirthschaftlichen Berufszweige durch die schon mehrere Jahre anhaltende Geschäftsstille, welche auch gegenwärtig (1893) noch nicht im Schwinden begriffen ist, eine wesentliche und nachtheilige Einbuße ihrer gesammten wirthschaftlichen Thätigkeit erlitten haben. Ganz besonders möchten wir auf diejenigen Berufsstände, welche auf die Haltung von Geschirren angewiesen sind, wie Fuhrleute, Droschkenkutscher ꝛc. verweisen, welche bei den gesunkenen Einnahmen und den hohen Preisen für Hafer sehr stark leiden und vielfach an der Grenze ihrer Existenzfähigkeit angekommen sind, weshalb für diese die Wohlthat der außerordentlichen Frachtermäßigung für Futtermittel recht sehr erwünscht ist."

Der Handelsminister faßte damals diese Angelegenheit als eine reine Tariffrage auf und gab sie an den Eisenbahnminister zur Erledigung ab. Von diesem wurde sie ablehnend beschieden. Der Handel erlag aus der ablehnenden Haltung der Regierung, wie wenig Verständniß man in maßgebenden Regierungskreisen seinen Anforderungen entgegenzubringen gewillt war und ergab sich mit Ingrimm in sein Schicksal, wissend, daß noch für eine Reihe von Jahren agrarisch Trumpf sein würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010507020/fragment/page=0001

Aber nicht blos in amtlichen Schriftstücken, die in die betheiligten Ministerien gelangten, ist der Futtermittelstreit des Jahres 1893 erörtert worden, sondern er hat auch in der Litteratur eine eingehende Behandlung erfahren, so z. B. in der Schrift Dr. Wermert: „Pro Memoria. Betrachtungen über die agrarischen Angriffe auf den Handelsstand und die Handelsvertragspolitik der Reichsregierung." In dieser Schrift wird in erschöpfender Weise der damalige Streit um den Stroh- und Futtermittelstarif vorgeführt und alle Gründe für und wider ausführlich erläutert, weshalb an dieser Stelle auf genannte Schrift verwiesen werden mag. Die zahllosen Proteste gegen frühere ähnliche Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung müssen daher zur Kenntniß der zuständigen Stellen gekommen sein. Es ist sonach unerfindlich, wie ein Vertreter derselben nunmehr die Behauptung aufstellen kann, daß derartige Maßnahmen niemals Anfechtung von irgend einer Seite erfahren haben. Man ersieht hieraus, mit welcher geringen Gründlichkeit wichtige Maßnahmen, die für ganze Bevölkerungsklassen von weitgehendster Bedeutung sind, seitens der maßgebenden Behörden erwogen und ins Leben gerufen werden. Das Land kann aber verlangen, daß die Organe der Regierung sich vorher genau informiren, bevor Tarifänderungen im einseitigsten Klasseninteresse zur Durchführung gelangen, Tarifänderungen, die überhaupt kaum erforderlich waren, weil das Vorhandensein eines Notstandes zu Anfang des laufenden Jahres von den kompetentesten Seiten überhaupt bestritten wurde. Sollen aber Notstandstarife zur Durchführung gelangen, so müssen sie ohne Unterschied der Erwerbsklassen der Bevölkerung allgemein zur Geltung gelangen, wenn nicht böses Blut durch sie hervorgerufen werden soll. Solches muß um so mehr beachtet werden, als diese Tarifmaßnahme an und für sich als ungesetzlich betrachtet werden muß; denn nach § 7 Abs. 1 der Eisenbahnverkehrsordnung erfolgt die Berechnung der Transportpreise nach Maßgabe der zu Recht bestehenden, gehörig veröffentlichten Tarife. Diese sind bei Erfüllung der gleichen Bedingungen für jedermann in derselben Weise anzuwenden. Daß der Ausnahmetarif gegen diese Bestimmung verstößt, ist von Staatsrechtslehrern ersten Ranges anerkannt worden. Der neue Wind, welcher im Handelsministerium endlich zur Geltung gekommen ist, wird hoffentlich bewirken, daß der Handel nicht mehr als „nothwendiges Uebel" angesehen wird und Tarifmaßnahmen im einseitigsten Klasseninteresse, wie die in Rede stehende, weiterhin nicht mehr zur Durchführung gelangen. -t.

Politisches.

* Aus Weimar meldet der „Schwäb. Märk." folgendes: „Es geht uns eine Nachricht zu, die zwar aus sehr beachtenswerther Quelle kommt, immerhin aber nur mit dem üblichen Vorbehalt wiedergegeben werden soll. Hiernach hat der Kaiser am letzten Montag auf der Wartburg bei Gelegenheit einer politischen Unterhaltung mit dem Großherzog geäußert: „Der Bewilligung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten werde ich nicht eher zustimmen, bis das Reichstagswahlgesetz eine entsprechende Aenderung in Bezug auf die Wahlberechtigung erfahren hat. Oppositionelle Volksvertreter haben wir mehr als genug, und die Leistungen der bezahlten Landtagsabgeordneten, wenigstens in Preußen, sind auch nicht die hervorragendsten." — Bevor eine Bestätigung dieser Nachricht nicht vorliegt, erübrigt sich ein Kommentar, zu dem die Meldung allerdings geradezu herausfordert.

* In parlamentarischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Institution des Vicepräsidiums des Staatsministeriums nicht werde beibehalten werden, sondern bei Abwesenheit des Ministerpräsidenten dessen Vertretung jeweils, wie früher schon, dem dienstältesten Minister übertragen werde. — Diese Ansicht scheint ihre Bestätigung bereits insofern erhalten zu haben, als bei den Neuernennungen fürs Ministerium eine Bestimmung für das Vicepräsidium nicht erfolgt ist. Immerhin bleibt abzuwarten, ob eine solche nicht noch nachträglich ergeht.

* Die deutsche Regierung hat, wie in Rom verlautet, bei der italienischen Regierung um die Ernennung von Bevollmächtigten behufs Vorbesprechung für die im Herbst in Berlin beginnenden Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge ersucht.

* Beim Wechsel in der Oberleitung des Reichspostwesens heben verschiedene Blätter mit besonderer Betonung die vom neuen Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke auf vielen Reisen im Auslande und in den Kolonien gesammelten Erfahrungen als ein günstiges Omen für die zukünftige Gestaltung des deutschen Post- und Telegraphenwesens hervor. So nützlich diese Erfahrungen für unsere Verkehrsverhältnisse auch sein können, die Hauptsache treffen sie doch zweifellos nicht. Der neue Chef der Post wird sich darüber zu entscheiden haben: Betrachte ich das Postwesen, wie Stephan in seiner letzten Zeit, der abtretenden Periode, als ein Mittel zum Zwecke der Gewinnung direkter Ueberschüsse zur Stärkung der Finanzen der Reichsverwaltung, oder behandle ich die Post, wie Stephan in seiner ersten Zeit, der aufsteigenden Periode, als eine Einrichtung zur Erleichterung und Hebung des Verkehrs zum Zwecke einer Steigerung des Handels und der Volkswohlfahrt, so daß dadurch der Nationalwohlstand gefördert und auf diese Weise dem Reiche mittelbar neue Einnahmequellen eröffnet werden? Von der Auffassung, die der neue Postleiter nach einer dieser beiden Richtungen hin hat, muß es in erster Reihe abhängen, ob seine Verwaltung dem Reiche zum Nachtheile oder Segen gereicht.

Volkswirthschaftliches.

* Gegenüber der agrarischen Behauptung von der Schädigung des deutschen Wirthschaftslebens durch die Handelsverträge ist es gut, von Zeit zu Zeit auf Daten hinzuweisen, welche von dem steigenden Wohlstand Deutschlands Zeugniß ablegen. Der Ertrag der preußischen Einkommensteuer, welcher in den ersten Jahren nach der Einführung des Einkommensteuergesetzes von 1891 infolge von Unsicherheiten in der Veranlagung gegen die Vorjahre um ein Geringes zurückging, begann, sobald sich das neue Gesetz fester eingebürgert hatte, gewaltig zu steigen. Der Einkommensteuerertrag war

im Jahre	Millionen M
1894/95	122
1897/98	135
1898/99	147
1899/1900	159
1900/1901	172 (Voranschlag).

Das ist eine Zunahme von 50 Millionen oder 41 Prozent in sechs Jahren. Noch deutlicher tritt die günstige Entwicklung unter der Herrschaft der vertragsfreundlichen Handelspolitik zu Tage, wenn man die Zahlen des steuerpflichtigen Einkommens zu Grunde legt. Das steuerpflichtige Einkommen in Preußen betrug

im Jahre	Millionen M.
1892	5724,0
1897	6375,0
1898	6774,9
1899	7257,8
1900	7841,3

Das ist eine Zunahme von 2 Milliarden 117 Millionen Mark im Laufe einer siebenjährigen Entwicklung oder ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs um 303 Millionen Mark. Dieser Durchschnitt ist in den letzten Jahren weit übertroffen. Daß an diesem Vermögenszuwachs nicht nur das großkapital, sondern gerade das mittlere und kleinere Kapital betheiligt ist, ist aus den Zahlen der im preußischen Staatsschuldbuch eingetragenen Konten, welche unlängst veröffentlicht wurden, ersichtlich. Die Zahl der eingetragenen Konten betrug Ende März 1899: 22,732 über 1,292,244,450 M. Kapital; 1900: 26,102 über 1,385,316,900 M. Kapital; sie ist bis Ende März 1901 auf 28,909 über 1,466,168,250 M. Kapital gestiegen. Von den letztgedachten Konten entfallen 86,1 v. H. auf Kapitalien bis zu 50,000 M. und 13,9 v. H. auf größere Kapitalsanlagen.

Kirche und Schule.

* Eine Abordnung polnischer Abgeordneten ist bei dem Kultusminister wegen der Erlasse über den Religionsunterricht vorstellig geworden. Der Minister hat die Erklärung abgegeben, daß er seine Maßnahmen aufrecht erhalten müsse, denn selbst die Schuljugend sei schon von einer staatsfeindlichen großpolnischen Agitation beeinflußt.

* Vor einiger Zeit war zu bemängeln, daß — vermuthlich auf Anrathen des damaligen Finanzministers v. Miquel — der mit großer Sorgfalt ausgearbeitete Bericht der vom Kultusminister eingesetzten Kommission für die Prüfung der Alters- und Sterblichkeits-Verhältnisse der höheren Lehrer Preußens unbeirrt beiseite gelegt worden sei. Jetzt hat der Kultusminister den Auftrag gegeben, diesen Bericht zu veröffentlichen. Namens der Kommission haben Geh. Reg.-Rath Prof. R. Böckh und Prof. M. Klatt die Herausgabe übernommen. Die Schrift soll bei der Verlagsbuchhandlung des Waisenhauses in Halle erscheinen.

* Die Errichtung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg steht noch in sehr weitem Felde. In dem römischen Blatte „Italia" findet sich eine Bestätigung der schon mitgetheilten Annahme, daß, entgegen der von der „Germ." ausgesprochenen Auffassung, der Freiherr v. Hertling in Rom nur mit leeren Vertröstungen abgespeist worden sei und sobald keine Aussicht auf Erfolg hinsichtlich der Straßburger Universität habe. Auch hinsichtlich des Bistums Metz habe v. Hertling nichts erreicht, da trotz der trüben Erfahrungen, die der Vatikan mit den lateinischen Nationen mache, seine Staatskanzlei nach wie vor von deutschfeindlichen Gefühlen beseelt sei.

Parlamentarisches.

* Im Reichstage brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation an den Reichskanzler ein, die sich dagegen wendet, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften den chemischen Fabriken in Griesheim gegenüber außer acht gelassen worden seien.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Den Reichslanden stehen preußische Eisenbahnfreunden bevor. In Berliner maßgebenden Kreisen soll man beabsichtigen, die Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen mit den preußischen Staatsbahnen durch eine Betriebsgemeinschaft zu verbinden — vorausgesetzt doch wohl, daß diese Absicht nicht an dem reichsländischen Landes-Ausschuß scheitert.

* Aus Gründen der allgemeinen Ordnung verbot der Regierungspräsident von Posen auch die für Sonntag angesetzte zweite polnische Versammlung in Gostyn.

Sozialpolitisches.

* Ueber die Hinterbliebenenfürsorge stellt das jüngst erschienene Heft der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" interessante Untersuchungen, namentlich bezüglich der Hinterbliebenen der kleinen Beamten und Arbeiter an. Leider ist die Zahl der Witwen in Deutschland, die sich einer sicheren Rente erfreuen können, recht klein. Nur besten ist für die Witwen der Eisenbahnbediensteten gesorgt; die Zahl der Witwen, die von diesem Verwaltungszweig eine Rente beziehen, beläuft sich auf 200—250,000; dann kommen die Witwen der Bergleute, etwa 60,000. Dagegen ist die Zahl der rentenberechtigten Arbeiterwitwen noch sehr gering, da die betreffenden Pensionskassen noch sehr jungen Datums sind. Alle diese Pensionskassen erfordern große Geldmittel, wie aus den Zahlenergebnissen der Knappschaftskassen und der Krupp'schen Pensionskasse hervorgeht. Die Zahl der unterstützten Witwen bei Krupp belief sich im Jahre 1899 auf 993, die der Vollwaisen auf 103; die ausbezahlten Renten betrugen im genannten Jahre rund 283,990 M. für Witwen, 7995 M. für Waisen. Die Zahl der unterstützten Witwen bei den Knappschaftskassen war im Jahre 1898 55,798, die 5,961,955 M. Renten bezogen, die Zahl der unterstützten Waisen 74,203 mit 2,638,960 M. Waisengeldern. Bei den Knappschaftskassen hat sich, wie diese Untersuchung hervorhebt, die Annahme, daß die spätere Generation die Verpflichtungen gegen die Hinterbliebenen ebenso gut werde erfüllen können, wie die heutige, bei Witwen- und Waisenkassen nicht bestätigt, vielmehr muß man immer damit rechnen, früher oder später die Leistungen der Kasse zu vermindern oder die Beiträge zu erhöhen. Das Ungerechte dabei ist, daß gerade die, die am längsten Beiträge bezahlt haben, am meisten beeinträchtigt werden; denn die Witwen derer, die früh starben, haben vor der Sicherung der Pensionen die vollen Renten erhalten oder beziehen noch eingetretener Beitragserhöhung dieselben Renten trotz der kleineren Beitragsleistung der verstorbenen Gatten. Die Erfahrungen, die bei den bestehenden Pensionskassen gewonnen wurden, müssen daher beherzigt werden, sobald man daran gehen will, eine allgemeine Fürsorge für die Witwen und Waisen der Arbeiter ins Leben zu rufen.

Heer und Flotte.

* S. M. S. „Gefion", Kommandant Korvetten-Kapitän Brodow, ist am 4. Mai in Shanghai eingetroffen. — S. M. S. „Kurfürst Friedrich Wilhelm", Kommandant Kapitän zur See von Holtzendorff, ist am 3. Mai in Tsingtau eingetroffen und am 4. Mai von dort nach Wusung in See gegangen. — S. M. S. „Geier", Kommandant Korvetten-Kapitän Bauer, ist am 4. Mai in Futschau eingetroffen und beabsichtigt am 7. Mai nach Amoy in See zu gehen. — S. M. S. „Bussard", Kommandant Korvetten-Kapitän von Bassewitz, ist am 5. Mai von Chinkiang nach Wusung in See gegangen.

Versammlungen und Kongresse.

hc. Der Ausschuß der „Gesellschaft für soziale Reform" hielt am Sonnabend unter dem Vorsitze des Ministers a. D. Frhrn. v. Berlepsch eine Sitzung im Reichstagshause ab. Die Versammlung setzte zunächst die in der vorigen Ausschußsitzung begonnene Debatte über die Rechtsfähigkeit und Bewegungsfreiheit der Berufsvereine fort und stimmte schließlich folgender Resolution der beiden Berichterstatter Reichstagsabg. Bassermann und Arbeitersekretär Giesberts-München zu:

„Angesichts der großen wirthschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung der Berufsvereine, des stetigen Anwachsens ihrer Mitgliederzahl und ihres Vermögens, im Rücksicht auf den unbefriedigenden derzeitigen Rechtszustand sowohl in civilrechtlicher als öffentlich-rechtlicher Beziehung erscheint ein Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine als Nothwendigkeit und als ein Gebot der Gerechtigkeit. In diesem Gesetze sind insbesondere auch die Voraussetzungen zu regeln, unter denen einem Berufsverein die Rechtsfähigkeit verliehen und entzogen werden kann. Gleichzeitig ist der § 152 der Gewerbeordnung dahin zu erweitern, daß die bei den erwähnten Verabredungen und Vereinigungen auch gestattet sind, insoweit dieselben sich auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen richten oder eine sonstige Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezwecken, dass ferner diese Vereinigungen sowie die sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereine berechtigt sind, Angelegenheiten, welche sich auf die allgemeine Verbesserung der sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes, der Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, insbesondere auch durch Mendemung der Gesetzgebung, beziehen, in den Bereich ihrer Thätigkeit zu ziehen, ohne dadurch den landespolizeilichen Bestimmungen der Vereinsgesetze zu unterliegen."

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage, wie den Frauen die Theilnahme an den Arbeiten der „Gesellschaft für soziale Reform" ermöglicht werden könne, und nahm einstimmig folgenden Beschluß an:

„Im Hinblick auf die dringende Nothwendigkeit der Mitwirkung der Frauen an allen sozialpolitischen Bestrebungen, beschließt der Ausschuß der Gesellschaft für soziale Reform, eine Eingabe an den Bundesrath und Reichstag zu richten, in der der baldige Erlaß eines Reichsgesetzes gefordert wird, der die der Mitbetheiligung der Frauen an jenen Bestrebungen entgegenstehenden landesgesetzlichen Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsgesetzgebung aufhebt."

Demnächst wird sich der Ausschuß mit der Regelung der Verhältnisse der Angestellten in Gast- und Schankwirthschaften, der Herabsetzung des Maximalarbeitstages für Frauen, der Erhöhung des Schutzalters für Jugendliche und dem Koalitionsrecht der Arbeiter beschäftigen. Die erste Generalversammlung der in diesem Winter gegründeten Gesellschaft soll 1902 in einer rheinischen Industriestadt zugleich in Verbindung mit einem internationalen Arbeiterschutzkongreß abgehalten werden.

* Die Konferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen wurde gestern im Rathhaussaale zu München unter dem Vorsitze des Staatssekretärs a. D. Herzog aus Berlin in Anwesenheit der Vertreter der meisten Bundesstaaten, zahlreicher Stadtverwaltungen und konfessioneller und nichtkonfessioneller charitativer Korporationen eröffnet. Das Hauptthema der diesjährigen Konferenz ist die Frage der Fürsorge für die schulentlassene gewerbliche männliche Jugend. Gestern abend hielt der Ausschuß für Wohlfahrtsfragen auf dem Lande eine Sondersitzung ab.

Proteste gegen die Brotvertheuerung.

* Nach einem Vortrage des Abg. Dr. Barth-Berlin nahm eine öffentliche Versammlung in Offenbach am Freitag folgende Resolution einstimmig an: „Die von der Ortsgruppe Offenbach des Handelsvertragsvereins einberufene Versammlung Offenbacher Bürger erklärt sich gegen jede Erhöhung der Getreidezölle, weil sie die Lebenshaltung der Bevölkerung, insbesondere der Minderbemittelten vertheuern und das Zustandekommen guter Handelsverträge gefährden würde. Die Versammlung wünscht dringend, daß seitens des Deutschen Reiches an den Grundsätzen der seitherigen Handelsvertragspolitik, die der nationalen Arbeit, insbesondere der deutschen Landwirthschaft, außerordentlich förderlich gewesen ist, festgehalten und der Abschluß von langfristigen Tarifverträgen mit der Meistbegünstigung nachdrücklich angestrebt werde."

* Die Stadtverordneten-Versammlung in Schmalkalden beschloß in Uebereinstimmung mit dem Magistrat, entschieden gegen jedwede Erhöhung der Getreidezölle Stellung zu nehmen.

Ausland.

Die Wirren in China.

Auch den Engländern wird's auf ihrem „Platze an der Sonne" immer ungemüthlicher, zumal ihre Bekennungen in der Hitze der südafrikanischen Kämpfe stündlich wachsen. In solcher Lage nimmt John Bull erfahrungsgemäß seine Zuflucht zu allerhand Skandereien und verklatscht eine Macht bei der anderen nach Roten. Er läßt den Telegraphen spielen und von seinem getreuen Meldo-Reuter lügen, was der Draht hält. So weiß Reuter aus Tientsin vom 3. d. M. zu fabeln, daß der Sergeant Breischneider und der Gemeine Janisch von der deutschen Kavallerie zum Tode verurtheilt worden seien, weil sie im vorigen Dezember in Paotingfu, während sie sich auf Patrouille befanden, zwei unschuldige Chinesen getödtet hätten. Das Urtheil sei erst noch vom Kaiser Wilhelm zu bestätigen. Von deutscher Seite ist bisher über den Fall noch nichts berichtet worden, daher erscheint die englische Meldung — mindestens jetzt noch — unglaubhaft. Eine so gute Widerlegung der lügen „Hunnenbriefen" berichteten „Helden- und Moritzthaten" ihrer Truppen wirde sich die deutsche Militärbehörde schwerlich entgehen lassen.

Mit Rußland haben die Söhne Albions eben wieder ihre schwere Noth. Die Allianz beider Staaten in Korea lebt wieder auf. Die koreanische Regierung hat den einst allmächtigen, jetzt aber abgesetzten Vertreter Englands, Mac Leavy Brown, aufgefordert, jetzt Hans zu verlassen und seinen Posten als Generaloldirektor niederzulegen. Der derzeitige britische Vertreter ist eifrig in der Angelegenheit thätig. Hinter der koreanischen Regierung steht selbstverständlich Rußland. Vor ihm wird sich Großbritannien wieder demüthigen müssen; England muß eben alle Nasenstüber seiner Politik „Hans Dampf in allen Gassen" bis zum Nasenbluten auskosten. Welthandels- und Welthändel-Politik sind eben zwei grundverschiedene Dinge, England sieht das aber nicht ein. An seinen Mißerfolgen können andere Leute viel lernen, wenn sie nur wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Die beabsichtigte Reise des Kaisers Franz Josef nach Böhmen ist wieder fraglich geworden und soll vom weiteren Verlauf der parlamentarischen Arbeiten abhängig gemacht werden.

An sämmtliche Erzherzöge ist nach Mittheilung der „Sonn- und Montags-Ztg." ein Rundschreiben vom Ministerium des kaiserlichen Hauses ergangen, in dem die Bestimmung des Hausgesetzes in Erinnerung gebracht wird, wonach die Mitglieder des Kaiserhauses vor der Uebernahme eines Protektorats die Einwilligung des Kaisers einzuholen haben.

Frankreich.

Die Monarchisten wissen immer noch nicht, wie wenig am Platze und dadurch unsinnig ihre Tamtamschläge sind. Auch am Sonntag machten sich die monarchistischen Vereine wieder lächerlich, indem sie den Geburtstag des Herzogs von Orleans in einer großen Versammlung zu Paris feierten, in der Graf Mayol de Lupé und andere Redner geheimnißvolle, doch bluttriefende Anspielungen auf „nahe bevorstehende verderbliche Entscheidungskämpfe" machten und alle überlieferungstreuen Parteien beschworen, jeden persönlichen Streit zu vergessen und sich gemeinsam für die großen Tage vorzubereiten. Gehörten die Tage des mißglückten Putschversuchs bei Fouret's Beerdigung und die Belagerung des „Fort Chabrol" auch zu den „großen Tagen" der Orleanisten?

General Prado, der von 1865 bis 1868 Präsident der Republik Peru war, und unter dessen Führung die Quadruplebalianz Peru, Bolivia, Chile, Ecuador der spanischen Flotte eine entschiedene Niederlage beibrachte, ist, 70 Jahre alt, in Paris gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010507020/fragment/page=0002

England.

Großes Aufsehen erregt in London ein Brief, den die „Times" unterm 28. April aus Kroonstad erhalten hat, und der die Lage des Britenheeres in Südafrika in düsteren Farben schildert. Der Versuch, die Oranjekolonie von den Buren zu säubern, sei, wenn auch nicht gänzlich gescheitert, so doch nicht besonders erfolgreich gewesen. Nicht weniger als 75,000 Mann seien zur Bewachung der Eisenbahnen erforderlich, außerdem erhielten die Hauptstädte an den Verbindungslinien starke Besatzungen. Folglich sei nur ein Drittel der aktiven Armee für die Operationen gegen den Feind verfügbar. Dieses Drittel sei durch Krankheiten geschwächt, die Truppen seien durch den langen Feldzug ermüdet, apathisch geworden, überdies nicht mobil genug. Die Armee bedürfe der Ruhe. Wenn ihr diese nicht gegönnt werden könne, müsse sie durch frisches Blut ergänzt werden. (Aber woher soll das genommen werden?)

Spanien.

Bei Gerona wurden 150 Gewehre, eine Patronenkiste und anderes angeblich den Carlisten gehörendes Kriegsmaterial gefunden.

In Barcelona fand am Sonntag eine anarchistische Kundgebung statt, um auf den Gräbern der auf dem Fort Montjuich erschossenen Anarchisten Kränze niederzulegen. Später fand eine katalanistische Kundgebung anläßlich der Blumenspiele statt. Als der Hauptredner Vilnargall das Lokal verließ, ertönten separatistische Rufe, denen große Straßentumulte mit Vivatrufen auf die Republik folgten. Die Gendarmerie schritt mit blanker Klinge ein und verwundete viele Theilnehmer.

Rußland.

Die innerpolitische Lage ist, namentlich seit den letzten Studentenunruhen, sehr verworren. In Petersburg ist seit einigen Tagen nur noch von Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen von Schriftstücken die Rede. Innerhalb 48 Stunden wurden mehrere hundert Personen verhaftet und kompromittirende Schriftstücke, belastend für mehrere Personen, die hohe Stellungen einnehmen sollen, gefunden. Die Polizei nimmt jede Nacht Haussuchungen vor, in der Hoffnung, die Leiter der revolutionären Bewegung zu finden. — Demgegenüber besagt eine andere Depesche: Die bereits begonnene Verschickung der zum Militärdienst zwangsweise eingestellten Studenten nach Persien, Port Arthur und der Mandschurei wurde plötzlich auf Befehl des Zaren sistirt.

Bulgarien.

Simon Radeff, der Exredacteur des in Genf erscheinenden revolutionären macedonischen Blattes „L'Effort", und ungefähr 30 Studenten, die an der gestrigen Protestversammlung gegen die offizielle Feier des Jubiläums des Aprilaufstandes von 1876 am Tage der Grundsteinlegung für das Denkmal des Zarbefreiers theilnahmen, wurden heute als Aufrührer durch die Polizei verhaftet.

Serbien.

Nach Meldungen, die der serbischen Regierung zugegangen sind, haben Arnauten das vier Stunden von der Grenze gelegene Dorf Pernnicka überfallen und einen der Bewohner desselben Namens Krismanowitsch getödtet, sowie eine Menge Vieh geraubt. — Gegenüber einem von Konstantinopel ausgehenden Dementi betreffs Tödtung des serbischen Grenzkorporals Nikola Todorowitsch durch türkische Nizams und Ausschreitungen von seiten Albanesen Mitfeebiens stellen die Belgrader Regierungskreise fest, daß beide Vorfälle kommissorisch festgestellt und der Pforte amtlich mitgetheilt worden sind.

Nordamerika.

Die Yankees scheinen jetzt nach der Gefangennahme der wichtigsten Filipinosführer ernstlich an die baldige Beendigung der philippinischen Wirren zu glauben. Die Regierung hat bereits beschlossen, die Armee auf den Philippinen auf 40,000 Mann zu reduziren.

Provinzialnachrichten.

* **Magdeburg**, 6. Mai. [Eine 100,000 Mark-Stiftung.] Die diesjährige, am 6. d. abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der „Wilhelma" in Magdeburg, Allgemeinen Versicherungs-Akten-Gesellschaft, trug ein festliches Gepräge durch den Umstand, daß der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Herr Stadtrath August Kalkow, an diesem Tage sein 25. Dienstjahr als Mitglied des Verwaltungsrathes der Gesellschaft zurückgelegt hatte. Aus diesem Anlaß wurde er vor dem Eintritt in die Tagesordnung seitens des stellvertretenden Vorsitzenden, des Herrn Kommerzienraths Zuckschwerdt, im Namen des Verwaltungsrathes, und des Generaldirektors Herrn Dr. Hahn Namens des Vorstandes beglückwünscht und ihm der Dank der Gesellschaft für seine verdienstvolle Thätigkeit als Verwaltungsrathsmitglied ausgesprochen. Gleichzeitig wurde ihm Mittheilung gemacht, daß der Verwaltungsrath aus Anlaß seines Jubiläums und zum dauernden Ausdruck des Dankes der Gesellschaft einen „August Kalkow-Beamten-Fonds" in Höhe von 100,000 M. zu begründen beschlossen habe. Die Erträgnisse desselben sollen unter steter Erhaltung des Kapitals ausschließlich für die Wohlfahrt der Beamtenschaft der Gesellschaft in einer von dem Jubilar zu bestimmenden Art und Weise Verwendung finden.

□ **Genthin**, 6. Mai. [Havarie. — Wasserbohrungen.] Ein dem Schiffseigner Krippstedt gehöriger Deckkahn mit 7000 Centner nach Brandenburg bestimmter Braunkohle lief an einem Brückenpfeiler der Elgerbrücke am Freitag-Abend an und sank sogleich darauf. Die Leute hatten nur noch Zeit, ihr Leben zu retten. Eine Frau sprang vom Kahn und wurde von dem nachspringenden Mann in Sicherheit gebracht. Im Laufe des Vorgestrigen und gestrigen Tages gelang die Hebung des Kahnes unter großen Schwierigkeiten. — Seit einiger Zeit befinden sich im benachbarten Dorfe Tucheim Regierungsbauführer Kranke und Ingenieur Vesser aus Magdeburg, um in dem ausgedehnten Fiemer Bruch in der Gegend von Gladau, Dretzel und Tucheim nach Wasser zu bohren, das zur Versorgung der Stadt Magdeburg mit gutem Trinkwasser bestimmt ist. Täglich werden Wässer- und Sandproben genommen und nach Magdeburg zur weiteren Untersuchung geschickt.

* **Wittenberg**, 6. Mai. [In Brand gerathen.] Bei dem Volksfest in und am Schwetzergarten gerieth gestern nachmittag das Kleid des etwa 16 Jahre alten Dienstmädchens Jancowsky aus Friedrichsfeld wahrscheinlich durch ein achtlos weggeworfenes brennendes Streichholz in hellen Brand, der von einem rasch hinspringenden Herrn erdrückt wurde. Trotzdem das Kleid fast völlig verbrannte, kam das Mädchen erfreulicherweise ohne Verletzungen davon.

* **Stumsdorf**, 6. Mai. [Glücklich abgelaufen.] Der Taschenspieler Mulack, der in den Ortschaften hiesiger Gegend seine Künste produzirt, hantirte gestern im Meinicke'schen Saale in dem benachbarten Brachstedt mit Gasen, die er in einem Gefäß sammelte. Bei dieser Beschäftigung explodirte plötzlich der Gasbehälter mit starker Detonation. Mehrere Fensterscheiben des Saales wurden zertrümmert; Mulack selbst blieb jedoch merkwürdigerweise völlig unverletzt.

* **Teuchern**, 6. Mai. [Brand.] Gestern brannte auf der bei Deuben belegenen Grube „Jakob", der Westsächsischen Weißgrubenfeier Gesellschaft gehörig, das Kesselhaus und Grubengebäude ab.

*** **Schafstedt**, 6. Mai. [Unvorsichtiger Sperlingsjäger.] Der 6jährige Sohn des Arbeiters Reitzig befand sich gestern in der Nähe eines jungen Mannes, der nach Sperlingen schoß. Da aber der Schütze sehr unvorsichtig und ungeschickt war, so brachte er dem bedauernswerthen Knaben eine ganze Schrotladung am Kopf und am rechten Oberarm bei. Das bedauernswerthe Kind wurde in die Klinik nach Halle gebracht.

* **Dessau**, 5 Mai. [Eine stürmische Gemeinderathssitzung.] Einen sehr hitzigen Wortkampf entfachte in der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung eine Anfrage des Stadtverordneten Peus, nach welchen Gesichtspunkten die Aufstellung des Programms für die Grundsteinlegung des Armenhauses erfolgt sei, wobei er bemerkte, daß die evangel. Geistlichkeit dabei zu stark in den Vordergrund getreten sei, da doch die Anstalt für alle Konfessionen erbaut werde und die Geschenkgeberin zudem jüdischen Glaubens ist. Stadtverordneter Mänicke wurde vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen, weil er während der Debatte die Bemerkung „Augenverdreher" gemacht hatte. Er erwiderte, das Aeußere mache den Christen nicht. (Sehr richtig! Auf des Stadtverordn. Art'l.) Letzterer meinte, allzwiel Kirchlichkeit grenze an Heuchelei. Unter dem früheren Regime der Stadt sei das anders gewesen. Eine äußerst erregte Debatte verursachten gleich darauf auch die fehlerhaften Konstruktionen bez. der Spitzen und Verzierungen auf dem Rathhausneubau. Die Arbeiten seien leichtfertig gemacht, die Bürgerschaft sei deshalb beunruhigt. Zu der jetzigen Bauleitung könne man nicht mehr das rechte Vertrauen haben. Bei dem wiederholten Herabfallen der Verzierungen, deren Zapfen z. B. nicht genügend tief eingebohrt sind, stehen fortwährend Menschenleben auf dem Spiele. Die Schuldfrage der seitenden Architekten sei zu prüfen und unerläßlich ein anderer Sachverständiger zuzuziehen, der die fraglichen Arbeiten sämmtlich nachprüfe.

* **Aus Anhalt**, 5. Mai. [Ein bestrafter Denunziant.] Zu einem Collecteur der thüringisch-anhaltischen Staatslotterie kam vor einiger Zeit ein Arbeiter, um ein Loos zu kaufen. Als er hörte, daß es 4.65 M. koste, bemerkte er, daß er bis dahin stets nur 4.40 M. bezahlt hätte, und daß er nicht gewillt sei, mehr zu geben. Da gab ihm der Collecteur den Rath, zu dem Nachbar, einem Kaufmann, zu gehen, der auch Loose der bezeichneten Staatslotterie zu verkaufen habe, und von dem er das Gewünschte vielleicht zu dem früheren Preise erhalten werde. Der Arbeiter befolgte den ihm ertheilten Rath und erstand ein Loos, mußte aber dafür den jetzt festgesetzten Preis von 4.65 M. entrichten. Als der Collecteur von dem Geschehenen Kenntniß erhielt, bat er sich von dem Käufer das Loos aus und zeigte den Verkäufer, der keine Konzession besitzt, bei der Polizei an. Das hiesige Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb kürzlich zu 50 M. Geldstrafe. Doch auch der Collecteur kam nicht ungestraft davon. Weil er die Veranlassung zu dem Kaufe gab, nahm ihn das Gericht in derselben Sitzung in eine Strafe von 30 M., und beide Verurtheilte hatten auch die Kosten des Verfahrens zu gleichen Theilen zu tragen. Während aber der über die unerwartete Wendung der Angelegenheit unangenehm überraschte Collecteur die Schuld sofort beglich, ließ der Kaufmann noch 14 Tage verstreichen, und als er sich dann am Dienstag, den 30. v. M., dieserhalb nach der Gerichtskasse begab, erfuhr er, daß die über ihn verhängte Geldstrafe und die daraus erwachsenen Gerichtskostengebühren unter den aus Anlaß des 70. Geburtstages publizirten Amnestie-Erlaß des Herzogs vom 29. April fallen, und er demnach straffrei sei. Wer war froher als er; der Denunziant aber hat den Schaden und Aerger.

* **Gera**, 6. Mai. [Handelskammer und Getreidezölle.] Der heute zur Ausgabe gelangte Bericht der Handelskammer Gera über das Jahr 1900 führt in seinem einleitenden allgemeinen Theile u. a. folgendes aus: „Der Abschluß von Handelsverträgen von längerer Zeitdauer nach Ablauf der Caprivischen im Jahre 1903 — in denen wir in ihrer jetzigen Gestalt übrigens für unsere Hauptindustrie nie „eine retinende That" zu sehen vermochten — mit Zöllen, welche die nationale Produktion jeder Art ausreichend schützen, um eine gedeihliche Entwickelung des deutschen Wirthschaftslebens herbeizuführen, wird den maßgebenden Faktoren hoffentlich gelingen." — Dieses Eintreten der Handelskammer für eine, wenn auch mäßige Erhöhung der Getreidezölle wird hier allgemein abfällig beurtheilt. So fand am vorigen Freitag der Großindustrielle W. Focke im Gerager Gemeinderathe bei Berathung der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge auf Erhebung eines Protestes gegen die Erhöhung der Getreidezölle Gelegenheit, sich wie folgt zu äußern: Es sei bedauerlich, daß die Handelskammer auf dem Standpunkte einer mäßigen Erhöhung der Getreidezölle stehe. Die hiesige Handelskammer vertrete einen ganz vorwiegend industriellen Bezirk. Im Interesse der Industrie liege es aber, daß der Arbeiter billiges Brot erhalte. Ob die Landwirthschaft für ihre Existenz höhere Zölle brauche, das zu erwägen, sei nicht Sache der Handelskammern, dafür seien die landwirthschaftlichen Vereinigungen da und diese sorgten in ausgiebigster Weise dafür, daß ihre Wünsche gehört würden. Herr Focke trat er für den Abschluß langfristiger Handelsverträge ein, obgleich er nicht behaupten könnte, daß die letzten Handelsverträge für die Textilindustrie vortheilhaft gewesen seien; diese habe vielmehr darunter zu leiden gehabt. Die Textilindustrie sei bisher immer von der Reichsregierung als Stiefkind behandelt worden, vielleicht deswegen, weil sie keine geeignete Vertretung gehabt und sich nicht genügend geregt, geschrien habe. — Aus den weiteren Darlegungen des Handelskammer-Berichts ist zu ersehen, daß die Gestaltung des neuen Zolltarifs im letzten Jahre mehrfach eingehender Besprechung unterzogen worden ist. Das Resultat der Besprechung wird nicht mitgetheilt.

* **Blankenburg a. H.**, 7. Mai. [Plötzliches Ende.] In einem hiesigen Hotel ist gestern die Leiche des Berliner Geschäftsreisenden Ernst Z. aus Berlin gefunden worden, unter Umständen, die auf einen Selbstmord schließen lassen. Z. hatte früher ein eigenes Geschäft, hatte aber damit keinen Erfolg und trat vor kurzem als Reisender bei einer Berliner Firma ein. Seit einem Monat war er auf Reisen. In den Taschen des Todten wurden nur wenige Pfennige gefunden. Z., der etwa 45 Jahre alt war, hinterläßt eine Wittwe, aber keine Kinder.

* **Aus Sachsen und Thüringen**. In Niederfachswerfen wurde der Knecht Fritz Kramer durch Ueberfahren schwer verletzt. — Die goldene Hochzeit feierte am Sonnabend das Segelmacher Fr. Müller'sche Ehepaar in Magdeburg. — Selbstmord durch Ertränken beging in Wipperoda der Einwohner Beese. — Ermittelt und verhaftet wurden ist der Bursche, der am Donnerstag das Sittlichkeits-Attentat auf dem Promenadenwall in Dessau verübte. Es ist ein aus Kleinkühnau gebürtiger Bursche Namens Alfred Sch., der in einem hiesigen Gasthof als Hausdiener angestellt war. — In Eisdorf verletzte sich der Tagelöhner Louis Nibling beim Hantiren mit einem geladenen Revolver, der sich plötzlich entlud, schwer am Kopfe. — Ein ähnliches Malheur passirte dem Handlungslehrling Willy Heyne in Aschersleben, dem beim gleichen Anlaß eine Revolverkugel in die linke Hand ging. — In Steinbach bei Heiligenstadt brannten am Sonntag zwei Scheunen mit Stallungen nieder.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 7. Mai. Die am 14. Mai in Bremerhaven eintreffenden Dienstunbrauchbaren aus Ostasien werden, soweit ihr Gesundheitszustand es erlaubt, hierher weiterbefördert und bis zur Entscheidung über ihr ferneres Dienstverhältniß Truppentheilen des Gardecorps zugetheilt.

Hamburg, 6. Mai. Wie der aus Hongkong angekommene deutsche Kreuzer „Irene" berichtet, hat die Mannschaft einer chinesischen Dschunke Seeräuberei betrieben und werthvolle Güter aus dem gestrandeten Dampfer „Sobraon" geraubt. Der Kreuzer „Aurora" wurde zur Assistenz abgeschickt.

Wien, 6. Mai. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldete heute abend, Fürst Eulenburg solle statt des Fürsten Radolin Botschafter in Paris werden. Auf eine Anfrage in der deutschen Botschaft wurde erklärt, hiervon sei nichts bekannt und das Gerücht höchst unwahrscheinlich, da Fürst Eulenburg beim Wiener Hofe sehr beliebt sei. Es sei also nicht anzunehmen, daß Kaiser Wilhelm ihn von Wien nach Paris versetzen werde.

Rom, 6. Mai. In Malta wurden gestern in einer von 30,000 Personen besuchten Volksversammlung sehr heftige Reden gegen die Einschränkung der italienischen Sprache gehalten. Man rief: „Nieder mit Chamberlain, Hoch die Nationalpartei!" Den Nationalistenführern wurde eine große Ovation dargebracht.

Grösstes
Special-Etablissement
für feinsten
Damenputz
und Weisswaaren
am Platze.

Entzückende Neuheiten in:
Garnirten und ungarnirten Damenhüten — Pariser Modellhüten
Wiener Reisehüten — Garnirten und ungarnirten Mädchenhüten
Knaben-Hüten und Knaben-Mützen — Babyhütchen und Mützchen
Seidenband — Schleiertüllen — Blumen — Spitzen — Stickereien
Einsätzen — Handschuhen — Sonnenschirmen — Regenschirmen
Cravatten — Kragen — Manschetten — Oberhemden etc.

Aussergewöhnlich billige Preise.

Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010507020/fragment/page=0003

10% Rabatt

Bis Ende dieser Woche

trotz der bekannt billigen Preise auf

Emaillewaaren.

Neu eingegangen:
Engl. Tennis-Schläger.

M. Bär

Gr. Ulrichstraße 54.

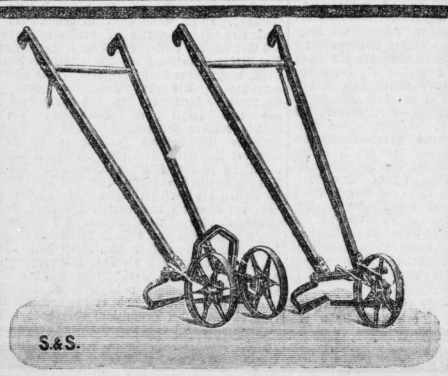
Wer bauen will
Wer seine Papp- oder Metall-
Dächer
dauernd dicht haben und
viel Geld sparen
will, verlange Cataloge nebst Auskunft, Attesten etc. (gratis).
Dachpix-Gesellschaft Klemann & Co.
BERLIN S. 42.
Prinzessinnen-Strasse 8.
Langjährige Garantien.

Continental
PNEUMATIC
Für jedes Fahrrad die beste Bereifung.
Man verlange stets diese Marke.
Continental Caoutchouc & Guttapercha Comp., Hannover.

Vernickelungs-Anstalt
Josef Mittag,
Henriettenstraße 33.

Für Zahnleidende!
Künstl. Zähne mit u. ohne Gaumen (Reparaturen und Umarbeitung). Zahnzieh. schmerzl. ohne allg. Bet.
Americ. Zahn-Atelier Netz.
Geiststr. 21.

Stoff-Reste
zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.
Halle a. S. H. Elkan, Leipzigerstr. 87.
Kaufhaus I. Ranges.



Ein- und Doppelrad-Hacke „Halloria."
Beliebteste Handhackgeräthe in großen wie kleinen Wirthschaften, Gärtnereien und Baumschulen.
Ferner empfehlen wir **Rud. Sack**'sche einfache und Universal-
Hackmaschinen
neuester, bewährter Construktion.
Schmidt & Spiegel,
Maschinen-Fabrik, Halle a. S., 59 Magdeburger Straße 59.

Sonnenschirme, sowie Reparaturen am billigsten bei **L. M. Werkmeister**, Schirmfabrik, **16 Leipziger Str. 16**, Lieferant aller Consumvereine.

Damen- und Kinder-
Hüte,
elegant und billig, empfiehlt
Anna Geschke, Mansfelder Straße 55.

Pelzwaaren
übernimmt zum **Conservieren** gegen Motten- und Feuerschaden
Christian Voigt,
Schmeerstraße 21.

Panther- SCHUTZ MARKE. **Fahrräder**
Josef Mittag, Henriettenstr. 33,
Emaillir- und Vernickelungs-Anstalt.
Größte Reparatur-Werkstatt. — Fernruf 2369.

G. L. Blau,
Gegründet 1843.
Gefrorenes,
Eisspeisen, Eiscrêmes.

Christophlack
als Fußbodenanstrich bestens bewährt,
sofort trocknend und geruchlos,
von Jedermann leicht anwendbar
gelbbraun, mahagoni, eichen, nußbaum und graufarbig.
Franz Christoph, Berlin.
Allein ächt in Halle a/S.:
Helmbold & Co.,
M. Waltsgott,
In Döben: **Ernst Schultze,**
In Landsberg: **Rich. Oemisch**
In Wettin: **H. G. Strasser.**

Gerichtlicher Verkauf.
Das zur Konkursmasse des Kaufmanns **Wilhelm Oesterreich** gehörige Waarenlager, bestehend in
Herren-Artikeln aller Art,
soll werktäglich Vorm. 9—12, Nachm. 3—6 im Laden Alte Promenade 1a zu billigen Preisen **ausverkauft werden.**
J. Ed. Peuschel, Konkursverwalter.

Sehr billig
prachtvolle Ananas,
lebende Hummer, lebende Krebse, frischen Spargel, frische Morcheln, Gurken.
Feinste getrocknete Früchte, Pfd. von 45 ₰ an.
Frische Nordsee- und Ostsee-Krabben.
Gutgelagerte feine
Bowlen- und Tischweine
zu sehr billigen Preisen
empfehlen
Pottel & Broskowski.

Eine grosse Zukunft haben
Naturreine Obstweine
wegen ihrer **Billigkeit, Bekömmlichkeit** und ihres socialpolitischen Wertes. Probieren **Sie** solche aus der **Kelterei** von
C. Wesche, Quedlinburg, 22 gold. u. silb. Medaill.
Johannisbeerwein, weiss u. rot, gutem Tokayer gleichwert.
Brombeerwein, guter Ersatz für Portwein
Stachelbeerwein, Südwein ähnlich.
Heidelbeerwein, herb und süss, Bordeauxcharakter.
Erdbeerwein, feiner leichter Gesellschaftswein.
Die Weine sind von Autoritäten untersucht und begutachtet.
Vertreter: **C. Semmelitze jr.**

Auction.
Wegen Versetzung des Hauptm. v. **Baerle** versteigere ich Mittwoch den **8. d. M. Vorm. 10 Uhr** im **großen Saale des Wintergarten, Magdeburger Str. 66** meistbietend gegen Baarzahlung folgende fast neue Mobilien:
1 nußb. Zierschrank, 2 Kleiderkleiderschränke, 1 viertheil. Gobelin-Paravents, 1 Herren-Schreibtisch, Nachtschränkchen, 1 nußb. Bettstelle mit Matr., Rohrlehnstühle, Waschtoilette mit Marm., Zieretisch, Divan mit Feldecke, Säule, 2 Gobelins, Vitragen und Vorhänge, gestickte Tischportièren, Teppich, bunte Stores, Seiden-Chales, Plüschvorhänge 2c.
J. Stemmler,
gerichtl. bereid. Taxator und Auctionator, Kl. Ulrichstraße 39.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010507020/fragment/page=0004